

Erwartungen des Städtetags Baden-Württemberg an den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD

Der baden-württembergische Städtetag begrüßt es, dass durch den Abschluss des Koalitionsvertrags die Grundlagen für eine handlungsfähige Bundesregierung für Deutschland geschaffen wurden.

Der Städtetag anerkennt das Bemühen der Koalitionsparteien, wichtige Zukunftsaufgaben im Einvernehmen mit den Kommunen als der Basis unseres Staats anzugehen und diese auch finanziell zu befähigen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Dabei kann das Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht bedeuten, stets vorrangig die weniger Starken zu fördern.

Auch der Städtetag bekennt sich zu einem starken Europa. Er sieht die Städte und Gemeinden des Südwestens eingebunden in die Europäische Union und Wertegemeinschaft und begrüßt die Absicht der Koalitionsparteien, den finanziellen Beitrag Deutschlands im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen zu erhöhen. Dies soll nicht zuletzt auch die Grundlage sein für die Fortsetzung der erfolgreichen EU-Kohäsionspolitik, die auch künftig nicht nur den finanzschwachen Mitgliedstaaten gelten kann.

Zu den einzelnen Kapiteln des Koalitionsvertrags nimmt der Städtetag aus der Sicht der baden-württembergischen Städte und Gemeinden wie folgt Stellung:

1. Schule und Bildung

Der Städtetag Baden-Württemberg begrüßt, dass...

- ...die Bereitstellung von laufenden Fördermitteln zur Steigerung der Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen und Kindertagespflege von 0,5 Milliarden Euro in 2019, 1 Milliarde Euro in 2020 und 2 Milliarden Euro in 2021
- ...die als sehr problematisch betrachtete Ausgestaltung des Anspruchs auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule nach dem Sozialgesetzbuch VIII in seiner konkreten rechtlichen, finanziellen und zeitlichen Umsetzung in einer Vereinbarung mit den Ländern unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände festgelegt werden soll
- ...Zusätzlich zum laufenden Sanierungsprogramm Länder und Kommunen durch eine Investitionsoffensive bei ihren Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, insbesondere Ganztages- und Betreuungsangebote, Digitalisierung und berufliche Schulen unterstützt werden sollen
- ...Für einen Digitalpakt #D 5 Milliarden Euro bereitgestellt werden sollen und dabei an die bisherigen Verhandlungen mit den Ländern angeknüpft werden soll und die nationale Bildungsplattform „auch eine offene Schnittstelle für das Zusammenwirken mit bestehenden Lernplattformen und Cloudlösungen anbietet (1728f)

Der Städtetag erwartet, dass...

- ...dieser Rechtsanspruch im Grundschulalter sich nicht gegen die Kommunen richtet, sondern an die Länder (Betreuung als schulisches Angebot). Er muss auskömmlich finanziert werden durch pauschale Zuweisungen direkt an die Kommunen oder zweckgebunden an die Länder. (Die in den Ausgabentableaus genannten 2 Milliarden Euro sind auf mindestens 5 Milliarden Euro aufzustocken.)
- ...die Grundlagen des Digitalpakts #D schnellstmöglich fixiert und umgesetzt werden, um Entwicklungen im Land nicht weiter zu verzögern und eine abgestimmte Landesförderung zu erreichen
- ...eine gemeinsame Cloud-Lösung für Schulen auf bestehende Lösungen in den Ländern aufbaut oder Rücksicht nimmt und deren Entwicklung fördert
- ...die Förderung von baulicher Infrastruktur ausreichend lange Ausführungsfristen vorsieht und Investitionen in mobile Strukturen pauschal gefördert werden

2. Digitalisierung und digitale Infrastruktur

Der Städtetag Baden-Württemberg begrüßt, dass...

- ...10-12 Milliarden Euro für die digitale Infrastruktur aus Lizenzversteigerung aufgewendet werden sollen und dies ausschließlich für Glasfasernetze unter Anpassung der Aufgreifschwelle für die förderfähigen Maßnahmen sowie weiterer Auflagen hinsichtlich des Ausbaus von 5G
- ...ein sicherer und mobiler Zugang zu allen Verwaltungsdienstleistungen in einem Bürgerportal ermöglicht werden soll und dabei „geeignete zentrale und dezentrale Portale in einem Portalverbund“ verbunden werden sollen
- ...gewisse Leistungen künftig antragslos gewährt werden können und Bürgerinnen und Bürger ihre Daten nur noch einmal („once only“) angeben müssen
- ...der Personalausweis benutzerfreundlicher und als universelles Identifikationsmedium einsetzbar werden soll als Zugang zu dezentral verwalteten Daten

Der Städtetag erwartet, dass...

- ...die Anstrengungen zur Digitalisierung des Landes sich nicht an Siedlungsstrukturen, sondern an Versorgungsstrukturen orientieren und nicht allein auf den Ländlichen Raum ausgerichtet werden, da im Hinblick auf die gewünschte Gigabit-Gesellschaft auch in den Verdichtungsgebieten ein erheblicher Ausbaubedarf besteht
- ...für das einheitliche Bürgerportal auf vorhandenen regionalen und kommunalen Lösungen aufbaut. Einwohnergrunddaten müssen wie bisher bei den Rathäusern verwaltet werden, um der Bürgerschaft ihren örtlichen Bezug zu erhalten und einen realen Zugang zu ihren Daten zu ermöglichen
- ...die Vielzahl der Schriftformerfordernisse reduziert wird
- ...die Maßnahmen zur Verbesserung der Onlineangebote vor Einführung auf ihre Nützlichkeit („usability“) unter Mitwirkung von Bürgern als Testpersonen geprüft werden
- ...der ordnungsrechtliche Rahmen für den Ausbau der digitalen Infrastruktur in dieser Legislatur überprüft wird und anerkannt wird, dass dies von der Bürgerschaft als Teil der Daseinsvorsorge verstanden wird.

3. Steuern und Finanzen

Der Städtetag Baden-Württemberg begrüßt, dass...

- ...die Fortführung der Maßnahmen zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten in Höhe von 8 Milliarden Euro und die Absicht, diese effizienter auszugestalten
- ...der Koalitionsvertrag die Grundsteuer auf eine feste Basis stellen und eine Grundsteuer C einführen will
- ...die Koalitionsparteien die kommunalen Steuerquellen sichern wollen und durch die Beachtung des Konnexitätsgrundsatzes „Wer bestellt, bezahlt“ staatliche Leistungen auch auf der kommunalen Ebene auskömmlich finanziert werden
- ...der steuerliche Querverbund weiterhin, „notfalls auch durch Anpassung der relevanten Gesetze“, dauerhaft erhalten wird
- ...er sich für die Absicherung und Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge einsetzen will

Der Städtetag erwartet, dass...

- ...die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht in eine Nivellierung umschlägt, die die Anstrengungen der Kommunen in Baden-Württemberg zur stetigen Haushaltskonsolidierung entwerten würde
- ...der gesetzlich geregelte Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage bestätigt wird
- ...Maßnahmen zur Entlastung bei den Flüchtlingskosten in angemessenem Rahmen bei den Kommunen ankommen, wo auch in Zukunft die wesentlichen Lasten der Integration zu tragen sind

4. Energie und Klimaschutz und Zukunft der Mobilität

Der Städtetag Baden-Württemberg begrüßt, dass...

- ...die Koalitionsparteien die erfolgreiche Fortführung der Energiewende als wichtiges Element der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft begreifen und
- „...unter Anerkennung der zunehmenden Verantwortung der Stromverteilernetzbetreiber den Regulierungsrahmen weiterentwickeln (wollen), um Investitionen in intelligente Lösungen (Digitalisierung) ...zu flankieren“ (3306ff)
- ...sie die Bedeutung der Stadtwerke „durch ihre Nähe zu Energieversorgern und Verbrauchern sowie dem öffentlichen Nahverkehr eine Schlüsselposition in der Sektorkopplung“ erkennen (3327ff) und die Rahmenbedingungen anpassen wollen, um diese Technologien voranzubringen, und
- ...sie damit den engen Zusammenhang zwischen Luftreinhaltung, Klimaschutz und der Digitalisierung der Energiewende unterstreichen
- ...die Koalitionsparteien die begonnenen Förderprogramme für Maßnahmen zur Luftreinhaltung fortführen bzw. in Kraft setzen wollen

Der Städtetag erwartet, dass...

- ...diese Erkenntnisse zu einer Erleichterung der Rahmenbedingungen für die Schaffung kommunaler Verteilnetze und Wärmenetze führt
- ...die durch die Ausstattung der Verteilnetze mit intelligenter Sensorik und IT (Smart Grid) anfallenden höheren Kosten zu einer zeitnahen Anpassung der Erlösbergrenze auch innerhalb der Regulierungsperiode führen und
- ...die Kommunen in ihrer Verantwortung für Luftreinhaltung unterstützt und alle Fördermaßnahmen deutlicher mittel- bis langfristig angelegt werden, da wirklich wirksam nur die Verbesserung der Infrastruktur sein dürfte, die einer sorgfältigen Planung bedarf
- ...die Städte bei der Kontrolle allfälliger Straßensperrungen durch Instrumente wie die blaue Plakette unterstützt werden

5. Wohnraumoffensive und Klimaschutz beim Bauen

Der Städtetag Baden-Württemberg begrüßt, dass...

- ...die Koalitionsparteien die Förderung des sozialen Wohnungsbaus fortführen und in den Jahren 2020/21 mindestens 2 Milliarden Euro hierfür zweckgebunden bereitstellen wollen
- ...für den frei finanzierten Wohnungsbau steuerliche Anreize geschaffen werden sollen und beschleunigte Verfahren der Bauleitplanung in Pilotverfahren durch Maßnahmegesetze getestet und gegebenenfalls weiterentwickelt werden sollen
- ...die bewährten Maßnahmen der Städtebauförderung qualitativ und quantitativ weitergeführt und um neue Elemente wie Revitalisierung von Industriebrachen, klimagerechter Umbau, neue Mobilitätsformen und Nachverdichtung ergänzt werden soll
- ...Maßnahmen der energetischen Sanierung nicht nur steuerlich und direkt gefördert werden sollen, sondern die angestrebten CO₂-Einsparungen im Hinblick auf ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis künftig auch auf Quartiersebene bilanziert werden können und hierfür ein Gebäudeenergiegesetz die Vielzahl derzeitiger Regelungen ersetzen soll

Der Städtetag erwartet, dass ...

- ...die vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnbauförderung und zur Beschleunigung der Baulandgewinnung zügig voran gebracht werden.
- ...sich die vorgesehenen Neuregelungen an dem „9-Punkte-Programm für eine zielführende Klimaschutz-Gesetzgebung im Gebäudesektor“ orientieren, welches der Städtetag Baden-Württemberg gemeinsam mit der Architektenkammer Baden-Württemberg und der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen – DGNB eV- erarbeitet hat

6. Soziale Sicherheit, Gesundheit und Pflege

Der Städtetag Baden-Württemberg begrüßt, dass...

- ...mit einer „Konzertierten Aktion Pflege“ der wachsenden Bedeutung dieses Handlungsfelds Rechnung getragen werden soll und dabei die Kommunen mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten vor Ort erhalten sollen
- ...die künftige Bundesregierung die Kommunen im Aufbau eines senioren-gerechten Umfeldes unterstützen will
- ...der Krankenhausstrukturfonds für weitere vier Jahre fortgesetzt wird, um die Krankenhäuser bei notwendigen Umstrukturierungen zu unterstützen
- ...die weitere Umsetzung der UN-Behindertenkonvention durch Förderung von barrierefreiem Wohnraum und Mobilität und Finanzierung der unab-hängigen Teilhabeberatung unterstützt werden soll
- ...Langzeitarbeitslose mit einem neuen Instrument im Sozialgesetzbuch II „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“ eine bessere Chance erhalten sollen
- ...künftig ein Einwanderungsgesetz die für Deutschland notwendige Zu-wanderung steuern soll
- ...die Verfahren zur Flüchtlingsaufnahme und -Integration effizienter ge-staltet und den Kommunen vorrangig nur noch Flüchtlinge mit Chance auf Bleiberecht zugewiesen werden sollen

Der Städtetag erwartet, dass...

- ...das angekündigte Sofortprogramm Pflege den Kommunen echte Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einräumt, weil sich nur so fachüber-greifend und quartiersbezogen Synergieeffekte heben lassen, wie die so-genannten Modellkommunen Pflege zeigen.
- ...der Ausbau der Maßnahmen zur UN-Behindertenkonvention unterstützt wird durch eine sachgerechte Verbesserung der Kostenstruktur in den Kommunen bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
- ... es gelingt, die Mittel zur Teilhabe am Arbeitsmarkt tatsächlich den Job-centern unbürokratisch zur Verfügung zu stellen
- ...in Baden-Württemberg die AnKER-Einrichtungen sich an den bestehen- den Strukturen orientieren
- ...das künftige Einwanderungsgesetz festlegt, unter welchen Kriterien auch die hier lebenden Migrantinnen und Migranten eine sichere Perspek-tive erhalten.